

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

zu der Mitteilung der Landesregierung vom

7. September 2022

– Drucksache 17/3195

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;

hier: Denkschrift 2020 des Rechnungshofs zur Haushalts- und

Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg

– Beitrag Nr. 17: Nachtragsmanagement im Staatlichen

Hochbau

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 7. September 2022 – Drucksache 17/3195 – Kenntnis zu nehmen.

20.10.2022

Der Berichterstatter:

Peter Seimer

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 17/3195 in seiner 19. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 20. Oktober 2022.

Der Berichterstatter gab den Inhalt der vorliegenden Mitteilung auszugsweise wieder und merkte an, das von der Landesregierung Veranlasste entspreche seines Erachtens dem, was der Landtag in seinem Beschluss vom 17. Dezember 2020 – Drucksache 16/9017 Abschnitt II – gefordert habe. Er empfehle, von der vorliegenden Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Ein Vertreter des Rechnungshofs brachte vor, Ziffer 1 des vom Berichterstatter erwähnten Landtagsbeschlusses laute:

für neue Top-Projekte das in der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung Baden-Württemberg vorhandene Risikomanagement umfassend auszuweiten und hierfür ein Pilotprojekt festzulegen;

Dies habe dem Bericht der Landesregierung gemäß noch nicht erfolgen können, weil seit dem Landtagsbeschluss kein Top-Projekt neu etatisiert worden sei. Seines Erachtens würde es sich anbieten, als Top-Projekt in diesem Zusammenhang den Neubau der Justizvollzugsanstalt (JVA) Rottweil festzulegen, da inzwischen bekannt sei, dass diese Maßnahme im anstehenden Doppelhaushalt 2023/2024 etatisiert werden solle. Somit könnte die parlamentarische Behandlung des Beitrags Nr. 17 der Rechnungshofdenkschrift 2020 heute abgeschlossen werden.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP erklärte, die Landesregierung führe am Schluss ihres Berichts aus:

... wurde in der Betriebsleitung des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg eine Kompetenzstelle zum Nachtragsmanagement mit vier neuen Personalstellen eingerichtet.

Ihn interessiere, ob diese Stellen besetzt seien.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen antwortete, nach ihrer Kenntnis sei dies der Fall. Sie fügte hinzu, den Vorschlag des Rechnungshofvertreters hinsichtlich der JVA Rottweil halte sie für gut.

Sodann verabschiedete der Ausschuss ohne Widerspruch die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/3195 Kenntnis zu nehmen.

9.11.2022

Seimer